



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sportausschusses
am 14.01.2026**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:43 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Paul Backmund

Torsten Radtke

Dr. Christoph Bergner

Ute Haupt

Elisabeth Nagel

Fabian Borggrefe

Wolfgang Aldag

Andreas Wels

Susann Albrecht

Sebastian Otto

Ingrid Sanchez-Heinzelmann

Stephan Scherf

Axel Schmidt

Ausschussvorsitzender,

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion Hauptsache Halle

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Dr. Judith Marquardt

Aurel Siegel

René Lukas

Beigeordnete Kultur und Sport

Leiter Fachbereich Sport

Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Ulrike Wölfel

Sarah Labusga

Andreas Silbersack

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Volt/MitBürger

Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /

FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)

Dennis Helmich

David Hügel

Jan Meusel

Arian Werner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Backmund eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte Frau Ute Haupt als neues Mitglied im Sportausschuss.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Backmund teilte mit, dass der TOP

7.1. Information zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Projektaufuf 2025/2026“

von der Tagesordnung genommen wird. Dieser wird ersetzt durch den TOP

7.3. Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten – Projektaufuf 2025/2026"
Vorlage: VIII/2026/02188

Herr Dr. Bergner fragte, warum der TOP 7.1 von der Tagesordnung genommen wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass bei der Versendung der Tagesordnung, die inhaltliche Informationsvorlage unter TOP 7.1 nicht vorlag. Die neue Mitteilung unter TOP 7.3 hat eine andere Bezeichnung, informiert aber über den gleichen Sachverhalt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Backmund** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
- 3.1. Fragesteller zur Sitzverteilung im Sportausschuss
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.2025
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Information zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Projektaufuf 2025/2026“ **abgesetzt**
- 7.2. Informationen zu Sportveranstaltungen in den Monaten Januar und Februar 2026
Vorlage: VIII/2025/02078
- 7.3. Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm "Sanierung kommunaler

Sportstätten – Projektauftrag 2025/2026"
Vorlage: VIII/2026/02188

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller zur Sitzverteilung im Sportausschuss

Der Fragesteller teilte mit, dass der Stadtsportbund ein Sitzungsmitglied im Sportausschuss anstrebt. Er bat die Verwaltung um eine rechtliche Einschätzung zum Sachverhalt.

Frau Dr. Marquardt wies darauf hin, dass die Ausschussszusammensetzung eindeutig festgelegt ist, weshalb erst kürzlich Änderungen bei den Stadträten im Sportausschuss vorgenommen wurden. Fraktionen können sachkundige Einwohner bzw. Einwohnerinnen in den Sportausschuss entsenden. Sie erwähnte, dass in der Vergangenheit stets ein Vertreter des Stadtsportbundes als sachkundiger Einwohner am Sportausschuss teilnahm. Derzeit ist dies nicht der Fall. Herr Carsten Voigt als Geschäftsführer des Stadtsportbundes nimmt aber an fast jeder Sportausschusssitzung teil und erhält bei Bedarf das benötigte Rederecht.

Der Fragesteller stellte fest, dass sich der Präsident des Stadtsportbundes, Herr René Walther, beim Neujahrsempfang meinte offenbar, dass der Stadtsportbund bestrebt ist, wieder einen sachkundigen Einwohner bzw. eine sachkundige Einwohnerin im Sportausschuss zu haben.

Frau Dr. Marquardt bestätigte dies.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 12. November 2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.2 Informationen zu Sportveranstaltungen in den Monaten Januar und Februar 2026 Vorlage: VIII/2025/02078

Der Sportausschuss nahm die Informationen zu stattfindenden Sportveranstaltungen in Halle (Saale) in den Monaten Januar und Februar 2026 zur Kenntnis.

Diese sind im Session hinterlegt.

zu 7.3 Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten – Projektauftrag 2025/2026" Vorlage: VIII/2026/02188

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Verwaltung normalerweise keine Sitzung einberuft, wenn keine Beschlussvorlagen oder Anträge vorliegen, über die entschieden werden muss. Der Verwaltung war es aber wichtig, diese Informationsvorlage im Sportausschuss einzubringen. Es besteht somit die Möglichkeit, Fragen zu stellen, da es um eine Beantragung für Bundesmittel geht. Sie wies darauf hin, dass es im Rahmen des Bundesprogramms für die Sanierung kommunaler Sportstätten sehr enge Fristen gibt und genau geprüft werden muss, wo die Prioritäten liegen. Des Weiteren muss die Beantragung für Bundesmittel sorgfältig vorbereitet werden, damit alle Kriterien erfüllt sind und die beantragten Fördermittel eingesetzt werden können.

Herr Siegel erläuterte den Ausschussmitgliedern die Projektskizze zur Sanierung der Schwimmhalle Halle-Neustadt.

Herr Aldag bemerkte, dass der Eigenanteil über den Bäderfinanzierungsvertrag finanziert wird. Er fragte, ob dadurch die Höhe der Zuwendung vertraglich geändert werden muss.

Herr Siegel teilte mit, dass der Bäderfinanzierungsvertrag explizit Investitionsmaßnahmen beinhaltet. D.h., auch notwendige Sanierungsmaßnahmen werden über den Bäderfinanzierungsvertrag abgebildet.

Frau Dr. Marquardt fügte hinzu, dass im Jahr 2020 der Bäderfinanzierungsvertrag bis 2030 abgeschlossen wurde. Ein Bestandteil des Vertrags war ein Plan zur Sanierung von mehreren Schwimmhallen. Die Bäder Halle GmbH hat im Verlauf Fördermittel eingeworben, wodurch entsprechende Maßnahmen finanziert bzw. vorgezogen werden könnten.

Herr Dr. Bergner sagte, dass ihm die Zuordnung zur Informationsvorlage fehlt. Er stellte fest, dass es hierbei um Sondervermögen des Bundes geht, die sogenannte Sportmilliarden und nicht, um die bereitgestellten 116 Millionen. Er machte darauf aufmerksam, dass die Antragstellung zu diesem Programm am 15. Januar abgeschlossen sein muss.

Herr Siegel teilte mit, dass die Projektskizzen bis zum 15. Januar 2026 elektronisch übermittelt werden müssen. Der entsprechende notwendige Stadtratsbeschluss muss bis Ende Januar 2026 nachgereicht werden.

Herr Dr. Bergner bemerkte, dass Herr Borggrefe im Sportausschuss am 8. Oktober eine Anfrage zur „Sportmilliarde“ gestellt hat. Diese wurde am 13. Oktober von der Verwaltung beantwortet. Zu diesem Zeitpunkt lag keine Information zur aktuell erwähnten Beschlussfassung vor. Er hinterfragte, warum die Beratungsfolge zur Beschlussfassung so rasant umgesetzt werden muss. Des Weiteren wies er darauf hin, dass das Programm eine 45 % und eine 75 % Förderung für Kommunen in Notlage vorgeseht. Er sagte, dass es bei den bisherigen Projekten, auch beim Straßenbau, Konflikte darüber gab, ob eine Kommune in Notlage ist oder nicht. Aufgrund solcher Konflikte besteht seiner Meinung nach eine gewisse Unsicherheit, ob die vorgesehenen 75 % tatsächlich zugesichert werden können.

Herr Siegel sagte, dass das Programm erst am 16.10.2025 veröffentlicht wurde. Die Verwaltung bekam zwar Vorabsignale, doch die offiziellen Rahmenbedingungen wurden erst später mitgeteilt. Er bemerkte, dass man eigentlich einen Antrag schon vorab vorliegen haben müsste, um überhaupt eine fertige Projektskizze einzureichen.

Frau Dr. Marquardt teilte mit, dass die Skizze bis zum 15.01.2026 auf der entsprechenden Plattform eingereicht werden muss, auch wenn sie noch keinen vollständigen Antrag darstellt. Die Skizze soll zusammen mit einem Stadtratsbeschluss bis Ende Januar 2026 eingereicht werden. Sie sagte, dass die Eigenmittel bereits im Bäderfinanzierungsvertrag eingeplant sind, wodurch der städtische Haushalt nicht zusätzlich belastet wird. Das ist aus Sicht der Kommune von wesentlicher Bedeutung.

Frau Nagel bemerkte, dass der Stadtrat bis Ende Januar 2026 die Beschlussvorlage beschlossen haben muss. Die Vorlage beinhaltet aktuell nur den Sportausschuss und den Finanzausschuss jeweils zur öffentlichen Kenntnisnahme. Sie erkundigte sich, wann die Beschlussvorlage eingebracht wird.

Frau Dr. Marquardt teilte mit, dass aktuell die Informationsvorlage für den Sportausschuss und den Finanzausschuss vorliegt. Die gleichlautende Beschlussvorlage wurde bereits für die kommende Stadtratsitzung versendet.

Frau Dr. Marquardt nahm Bezug auf das zweite Projekt, die Schulturnhalle der Grundschule Ottfried Preußler. Sie sagte, dass Schulturnhallen beantragt werden können, solange sie auch Vereinssport ermöglichen. Das Programm unterstützt hauptsächlich Breitensport und die sportliche Nutzung durch Vereine. Sie teilte mit, dass die Eigenmittel für das Projekt im Haushalt vorgesehen sind. Falls das Projekt genehmigt wird, würde dies eine Entlastung für den kommunalen Haushalt bedeuten. Das Vorhaben wird hauptsächlich durch kreditfinanzierte Eigenmittel getragen, kann aber durch Fördermittel ergänzt werden.

Herr Dr. Bergner stellte fest, dass ein Baubeschluss für den Ersatzneubau der Grundschule Ottfried Preußler besteht. Die Turnhalle ist in diesem Vorhaben bereits enthalten und würde somit unseren Haushalt im Schulbau entlasten.

Herr Aldag erkundigte sich, ob die Förderrichtlinien Aussagen dazu enthalten, ob eine Änderung der Sporthallenart zulässig oder ausgeschlossen ist. Des Weiteren fragte er, ob die bestehende Sporthalle eine Zweifeldsporthalle ist.

Herr Siegel teilte mit, dass das Programm grundsätzlich darauf abzielt, eine bestehende Sportstätte zu sanieren. Er sagte, erst wenn eine Sanierung unwirtschaftlich ist, kann ein Ersatzneubau durchgeführt werden. Im Fall der Turnhalle an der Otfried-Preußler-Schule würde man zunächst die Projektauswahl abwarten und dann einen Antrag stellen, um das Vorhaben zu konkretisieren. Danach muss mit dem Fördermittelgeber Einvernehmen hergestellt werden, dass statt einer Sanierung ein Ersatzneubau genehmigt wird; es sind also mehrere Schritte erforderlich. **Herr Siegel** wies darauf hin, dass Änderungen in einer Bestandshalle baulich schwierig sind, während bei Ersatzneubauten grundsätzlich Änderungen möglich sind.

Herr Borggrefe erkundigte sich, ob der exakte ein Neubau einer Zweifeldsporthalle geplant ist.

Frau Dr. Marquardt teilte mit, dass das Projekt bereits schon geplant ist und es keine Veränderung geben wird.

Herr Dr. Bergner wies darauf hin, dass am 29. Januar 2026 eine Sondersitzung des Stadtrates und eine gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses, Sportausschusses und Planungsausschusses stattfinden sollen. Er erkundigte sich, ob der Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Projektauftrag 2025/2026“ in diesen Sondersitzungen beschlossen werden soll.

Frau Dr. Marquardt teilte mit, dass die Vorlage auf der Tagesordnung der regulären Sitzung des Stadtrates am 28. Januar 2026 steht. Die beiden Sondersitzungen sind für das geplante Sondervermögen des Bundes für Sachsen-Anhalt von in Höhe von 116 Millionen Euro vorgesehen. D.h.; es wird eine Sondersitzung der Sport, Planung und Finanzausschüssen und im Anschluss eine außerordentliche Sitzung des Stadtrates geben. In dieser Beschlussvorlage ist eine Auflistung von beantragten Projekten vorgesehen. Es ist eine Anmeldefrist für diese Projekte bis Ende Januar vorgesehen.

Herr Dr. Bergner hinterfragte die Dringlichkeit der Behandlung des geplanten Sondervermögens für Sachsen-Anhalt von in Höhe von 116 Millionen Euro.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass bis zum 31. Januar die Projekte bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt angemeldet werden müssen.

Herr Dr. Bergner bemängelte, dass dem Sportausschuss aktuell keine Information über die beantragten Projekte vorliegt.

Frau Dr. Marquardt teilte mit, dass sich die Beschlussvorlage noch in der internen Abstimmung befindet und somit nicht vorliegt. Die Einladungen zu den Sondersitzungen sollen ab dem 19. Januar 2026 versendet werden.

Herr Aldag bemerkte, dass die Ausschussmitglieder des Sportausschusses somit nicht aktiv bei der Beschlussvorlage mitwirken können.

Der Sportausschuss nahm die Informationsvorlage Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten – Projektauftrag 2025/2026" zur Kenntnis.

1. „**Sanierung der Schwimmhalle Halle-Neustadt**“ mit Gesamtkosten in Höhe von 12.462.169 EUR. Die Finanzierung des erforderlichen Eigenanteils erfolgt aus dem Bäderfinanzierungsvertrag.

2. „Errichtung einer neuen Zweifeldsporthalle für die Grundschule Otfried Preußler“ mit Gesamtkosten in Höhe von 6.471.109 EUR. Die Finanzierung des erforderlichen Eigenanteils erfolgt über den Investitionshaushalt der Stadt Halle. Am Interessenbekundungsverfahren des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ beteiligt.

zu 7.4 Informationen zur Einladung zur Zukunfts-Werkstatt vom Netzwerk Sport und Inklusion 2026

Herr Siegel informierte, dass am 4. Februar 2026 eine Zukunfts-Werkstatt in der Volkshochschule zum Thema Netzwerk Sport und Inklusion stattfindet. Das Netzwerk Sport und Inklusion der Stadt Halle (Saale) soll dadurch verbessert werden. Im Monat März 2026 ist ein inklusiver Segelkurs beim Wassersportclub Halle e.V. vom Netzwerk Sport und Inklusion geplant.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Herr Aldag zur Sportstättenbenutzungssatzung**

Auf Antrag der Stadträtin Frau Sarah Labusga wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Backmund

Herr Aldag bitte.

Herr Aldag

In der Tat gibt es eine Anfrage. Ich glaube, die zielt nochmal darauf ab, auf das, was wir letztes Jahr in den letzten Ausschusssitzungen so besprochen haben, mit der Benutzungsgebühr und letztendlich dann in einer für mich eher chaotischen Stadtratssitzung mit vielen tausend Anträgen. Ich habe nachher nicht mehr gewusst, was tatsächlich, was letztendlich relevant ist. Ich habe mir jetzt nochmal das Protokoll angeguckt vom November und habe nochmal gesehen, was ich da eigentlich mir gedacht hatte damals. Da hatten wir ja schon diese Vielzahl an Änderungsanträgen. Es war ein Wirrwarr. Ich habe damals schon gesagt, müssen wir noch nicht die Zeit nutzen und uns irgendwie abstimmen. Was heißt denn Evaluierung? Was heißt denn das, wenn wir die Kinder irgendwie da rausrechnen? Sie hatten Ihre Anmerkungen gemacht und hatten davor gewarnt, dass das alles relativ schwierig wird.

Dann hatten wir das alles weggestimmt. Wir hätten es vertagen sollen, weil damit ist dann auch die letzte Sportausschusssitzung im Dezember eigentlich ausgefallen, wo wir hätten nochmal die Chance gehabt, das irgendwie zu versuchen, irgendwie zu einen und da eine Klarheit herzukriegen. Und ich würde gerne jetzt von der Verwaltung wissen, ob sie sich schon mal Gedanken darüber gemacht hat über das, was wir jetzt da beschlossen haben in der Stadtratssitzung, wie man das umsetzen möchte. Vielleicht haben sich aber auch die antragstellenden Fraktionen, die die Idee hatten für eine Evaluierung, Gedanken gemacht, was da drunter fallen soll. Weil eventuell müssen wir ja dem Stadtsportbund oder den Vereinen irgendwie jetzt schon was in die Hand geben, zu sagen, die müssen irgendwas beachten.

Was dann nachher für die Evaluierung relevant ist, gibt es da von Ihrer Seite schon Ideen? Nicht, dass man dann nachher dasteht und sagt: „Jetzt müssen wir eine Evaluierung machen“, aber die Vereine sagen, wir haben weder eine Statistik geführt, ob es da Eintritte gab, ob es Austritte gab, ob es sonst irgendwie für uns Auswirkungen gab. Und dann stehen wir da und haben irgendwie gar nichts. Gibt es von Ihrer Seite da schon Ideen oder haben die Vereine, wie gesagt, Herr Dr. Bergner, von Ihrer Fraktion kam ja die Ideen mit der Evaluierung. Gibt es da eine Idee, was wir machen sollen, wer es machen soll? Brauchen wir da noch jemand Externes, der das tun, was wieder Kosten verursacht? Denn ich habe so ein bisschen das Gefühl, wir haben zum Schluss das alles nicht so richtig durchdacht, was wir da am Ende machen.

Herr Backmund

Herr Siegel, bitte.

Herr Siegel

Wo kann ich denn Ihren letzten Satz unterschreiben? Ja, tatsächlich. Also, das ist ein Wirrwarr am Ende geworden. Etwas, was auch der Verwaltung überhaupt nicht passt, weil es nämlich genau den Sinn und Zweck konterkariert. Wir haben hier eine Situation, die einen erheblichen Mehrbedarf nach sich zieht, nämlich diese Bewertung zum einen, also diese Evaluation, die, wie wir auch in unserer Stellungnahme damals schon gesagt haben, gar nicht klar ist, wie das erfolgen soll. Das kann man jetzt versuchen zu heilen mit der Überarbeitung des Sportentwicklungskonzeptes. Das werden wir auch versuchen, eine pragmatische Lösung zu finden, irgendwelche Schlüssel, irgendwelche Kennziffern, die irgendwo belastbar sind. Da werden wir in die Diskussion gehen. Der Mehraufwand, der aber trotzdem ja beschlossen wurde, ist zweifelsfrei der, dass man eben den Kinder- und Jugendanteil entsprechend berücksichtigen soll.

Und das bedeutet für jeden einzelnen Nutzer, den separat zu berechnen. Und auch davor hatten wir gewarnt und das führt jetzt wirklich zu einem ganz erheblichen Mehraufwand. Und das ist ein sehr wichtiger Punkt. Für die Verwaltung. Die Vereine pflegen ihre Mitgliederdaten ein in der Datenerhebung des Landessportbundes, das sie sowieso machen müssen. Dieser Daten bedient sich ja die Verwaltung letztlich. Wir müssen es eben dann entsprechend Quotieren mit unserer Betriebskostenbeteiligung. Also, das wird wirklich eine Herausforderung sein, sowohl personell als auch zeitlich. Und dazu müssen wir uns in den nächsten Wochen intensiv befassen. Keine Frage. Was wir aber auch beschlossen haben, ist, dass eben beispielsweise für den Eissport die höheren Sätze bereits ab 1.1. gelten. Und dass auch für die Werbebanden, die in den kommunalen Sportstätten hängen, die bereits auch zum 1.1. gelten. Aber wir reden ja hauptsächlich über die Betriebskostenbeteiligung, die ab 1.7. umgesetzt werden soll.

Herr Backmund

Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Also ich bekenne erst mal im Vorspann meiner Frage, dass ich nach der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt im Stadtrat tief deprimiert war, weil bei allem Engagement junger Leute, Volt/MitBürger, was Sie uns da eingebrockt haben und wo Sie eine Gefolgschaft gefunden haben, fand ich höchst unglücklich. Vielleicht hätte die Verwaltung, wenn sie sich selber noch mal positioniert hätte, die Sache noch abwenden können. Das Ganze ist in einem sehr unglücklichen Abstimmungsverfahren untergegangen. Ich spreche das nur so deutlich an, weil die Kritik des Stadtsportbundes beim Neujahrsempfang ja genau die Punkte berührt hat, die durch diesen Änderungsantrag noch reingekommen sind. Meine

Frage wäre, und das stelle ich mal so, dass wir es vielleicht sogar insgesamt mal hier im Kreise diskutieren können, ob wir nicht noch einen Korrekturantrag entwerfen können, der mindestens zwei Dinge aufhebt.

Also, wir können uns meinetwegen noch mal streiten über die Frage: Müssen wir wirklich staffeln nach Jugend und Behindertenanteil? Aber die andere Sache, dass die Evaluierung mit dem Sportentwicklungskonzept verknüpft werden muss, halte ich im Grunde genommen für einen Mühlstein am Hals der Verwaltung. Das bedeutet jetzt, dass eine Sache, die einem ganz anderen Zweck dient, plötzlich mit der Frage geknüpft wird, ob das Sportstätten, nein, ob die Sportstättennutzungssatzung, denn im Grunde, sagen wir mal, bezüglich der Betriebskostenbeteiligung den Angemessenheitskriterien des Sportfördergesetzes entspricht. Das ist doch die eigentliche Evaluierungsfrage. Die ist relativ kurz nach einem Jahr Praxis dann zu prüfen und zu beantworten. Wenn die ins Sportentwicklungskonzept eingebunden werden, geht die Sache ziemlich schief. Also meine Frage wäre, wie ist es denn vorstellbar, dass wir diese Beschlusslage, die in einer dramatischen Stadtratssitzung zustande kam, dramatisch nicht wegen dieser Sache, sondern wegen anderer Dinge, dass wir diese Geschichte noch mit einem Korrekturbeschluss nochmal in vernünftige Bahnen bringen.

Herr Backmund

Herr Borggrefe, bitte.

Herr Borggrefe

Ich wollte ganz kurz auf das, was Herr Dr. Bergner gerade angesprochen hat, eingehen. Und zwar: Ich finde das jetzt gut, denn wir haben jetzt ein bisschen Zeit und das ist jetzt hier eigentlich so eine Grundsatzdiskussion, die jetzt gerade losgeht. Vielleicht nehmen wir uns jetzt tatsächlich ein bisschen Zeit, denn das ist sehr, sehr wichtig. Sie haben sich jetzt gerade ganz klar und deutlich dagegen ausgesprochen, dass Sportentwicklungskonzept und Nutzungsgebühren, dass das in einem Papier quasi feststeht. Das ist ja so eine Grundsatzfrage. Also da müssten wir jetzt tatsächlich mal, weil das war ja tatsächlich auch einer der Kritikpunkte, als wir das Sportentwicklungskonzept abgelehnt hatten, hier im Sportausschuss, dass dieses ganze Thema, soll das da rein, soll das nicht rein, wir haben das eigentlich nicht geklärt. Ich glaube, das wäre ganz gut, wenn wir das jetzt, wir müssen ja jetzt nichts entscheiden, wenn wir da einfach mal ein bisschen vielleicht austauschen. Ist es sinnvoll, da reinzuschreiben oder nicht? Also Sie haben sich jetzt ganz klar dagegen positioniert, weil es einfach auch nicht praktikabel ist, nach Ihrer Meinung. Da würde ich jetzt gerne mal die Verwaltung fragen, ob sie das so teilt, diese Auffassung von Herrn Dr. Bergner?

Herr Backmund

Herr Siegel

Herr Siegel

Also jetzt rein aus meiner Sicht als Fachbereichsleiter hätte ich natürlich nichts dagegen, wenn dieses Verfahren insgesamt vereinfacht wird, logischerweise, klar. Wir haben hier die Betriebskostenbeteiligung eingeführt zur Haushaltskonsolidierung und nicht, um Mehraufwand zu produzieren. Letzten Endes, wenn es um die Evaluation geht, ob man die jetzt als Teil des Sportentwicklungskonzeptes betrachtet oder eben losgelöst als Verfahrensweg irgendwo mal aufschreibt in Abstimmung mit den Fraktionen und der Sportgesellschaft, die ja eben dann auch damit umgehen muss, wenn wir also beispielsweise sagen. Wie evaluieren wir denn nach einem Jahr. Zählen wir dann einfach nur noch den Bestand der Vereine? Zählen wir die Mitglieder? Zählen wir die Gesamtheit der Mitglieder oder nur die Kinder und Jugendlichen? Wiegen vielleicht die Senioren den

Schwund der Kinder und Jugendlichen auf? Also das sind ja alles Fragen. Gibt es vielleicht noch weiche Faktoren? Also, da stelle ich mir schon die Frage, wo man das dann festmacht, und jeder hat dann immer gute Gründe zu sagen, das müsste man besser berücksichtigen und dieses aber nicht oder andersrum.

Also ich denke, die Runde, die wir jetzt initiiert haben, gemeinsam mit dem Stadtsportbund zur Überarbeitung dieses Sportentwicklungskonzeptes, ist, dass wir jetzt eine Runde haben, die wir jetzt initiiert haben. Da sind ja Vertreter des Sports mit Expertise zugegen und da kann man über diese Evaluation sehr trefflich diskutieren, und mein Vorschlag wäre schon, es loszulösen vom Sportentwicklungskonzept.

Herr Backmund

Frau Albrecht, bitte.

Frau Albrecht

Ich sage jetzt mal, wie es in meiner Erinnerung war. Wohlgermerkt bin ich ja wiederum nicht im Stadtrat dabei, wenngleich in Kontakt zu meiner Fraktion. In Bezug auf die Komplexität oder auch den Arbeitsaufwand waren wir zum Schluss dahin gekommen, dass dadurch, dass die Verwaltung Zugriff auf die Datenbank LSB4Sports hat, die relevanten Daten, ich sage jetzt mal vorsichtig, relativ einfach abgerufen werden können. Da sind ja sowohl die Altersangaben als auch eben die vorgeschriebene Zuordnung zu den Fachverbänden. Und damit kann man eben auch in der Statistik erkennen, wo sich denn in den Vereinen die Personen mit einer Behinderung verbergen. Also das wäre für mich eben die Grundlage, also das vielleicht für alle zu erläutern. Laut Richtlinien des Landessportbundes ist für die Vereine vorgeschrieben, dass eben bei einer Person mit Hörbehinderung, zum Beispiel diese eben dem Gehörlosen-Sportverband zugeordnet werden muss und dadurch ist das eben ablesbar. In Bezug auf die Überarbeitung des Sportentwicklungskonzeptes gab es ja in einer dieser Überarbeitungsrunden auch die Anregung, sich an den Maßnahmenplan des örtlichen Teilnehmermanagements zu orientieren, die sagen, auch einmal ein Konzept zu haben und dann aber dazu eben einen Maßnahmenplan, der immer für jeweils zwei Jahre gilt, wo ganz konkret festgeschrieben ist, welche Maßnahme soll umgesetzt werden, wer ist dafür verantwortlich, in welchem Zeitfenster.

Und dann kann eben auch, ich sage jetzt mal vorsichtig, auch relativ einfach überprüft werden, ob sie denn umgesetzt wurde, ja oder nein Und dann werden eben wieder anhand des Konzeptes neue Maßnahmen festgelegt. Und dadurch hat man eben zum einen ein Konzept, das eben für den längeren Zeitraum gilt, aber dazu eben noch einen etwas detaillierteren Maßnahmenplan. Ich möchte jetzt niemandem zu nahe treten. Natürlich ist es auch Arbeit, keine Frage. Aber ich habe mir das durchaus umsetzbar vorgestellt.

Ende Wortprotokoll

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Backmund** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Paul Backmund
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer